WP-01-K2-190

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 189 bis 191:
globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher ~~oder~~und eine nationale Vermögenssteuer. Wir werden uns für die Aufhebung der Aussetzung der Vermögensteuer einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen.“ Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit, Gemeinwohlfinanzierung und den Erhalt von

Begründung

Bereits in unserem Bundestagswahlprogramm 2021 haben beschlossen die Vermögensteuer wieder einzuführen. „Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir. ... Die Vermögensungleichheit in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über dem EU-Durchschnitt. ... Wir wollen solche große Vermögen wieder stärker besteuern. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Vermögensteuer sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen.“ Das Wahlprogramm vom 2021 wurde nicht im Koalitionsvertrag umgesetzt. Die Vermögensungleichheit hat sich von 2021 bis 2024 nochmals deutlich vergrößert. Durch die hohe Ungleichheit zwischen Arm und Reich verliert der demokratische Staat zunehmend an Unterstützung und stärkt die rechten und andere extremistische Parteien. Wir können uns den derzeitigen Reichtum einfach nicht mehr leisten, wenn wir unseren Wohlstand und unser Gemeinwesen für alle erhalten wollen.

Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1997 entgehen dem Staat jährlich über 70 Milliarden Euro. Länder wie die Schweiz machen vor, wie eine gerechte und bürokratiearme Besteuerung großer privater Vermögen zum Wohle der Gesellschaft funktionieren kann. Deswegen fordern wir die Wiedereinführung der Steuer auf Privatvermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person mit einem jährlichen Steuersatz von mindestens 1 Prozent. International unterstützen wir den von Brasilien eingebrachten Vorschlag einer globalen Mindeststeuer für Milliardäre.

weitere Antragsteller*innen

Claudia Laux (KV Coburg-Land); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Angelika Aigner (KV Traunstein); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Hans Mönninghoff (KV Hannover); Reinhard Prüllage (KV Grafschaft Bentheim); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Walther Moser (KV Freiburg); Philipp Schmagold (KV Plön); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Paul Jürgen Kaiser (KV

Kassel-Stadt); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.